



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Kreistagsfraktion Fulda

[SPD-Kreistagsfraktion Fulda | Vor dem Peterstor 10 | 36037 Fulda](#)

Fulda, 08. Februar 2021

	Sitzung des Kreistags	Inhalt / Anlass
Haushalts-Antrag	22.02.2021	Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft
Beschluss:	Abgelehnt	Dafür: SPD, Die Linke, Offene Liste Dagegen: CDU, CWE, FDP, AfD, Herr Rummel Enthaltungen: Bündnis '90/Die Grünen

Antrag zum Haushalt 2021 der SPD-Kreistagsfraktion

Zur Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft wird der Haushaltsansatz für 100.000 EUR für das Jahr 2021 veranschlagt. In den kommenden Jahren soll der Ansatz auf insgesamt 700.000 EUR erhöht werden.

Begründung:

In den letzten Jahren sind viele gut bezahlte Arbeitsplätze in unserer Region weggefallen. (Wella/Coty Hünfeld, Herbert Maschinenbau Hünfeld, Good Year Fulda, Reform Fulda, Reifen-Krieg Neuhof, Wirthwein Eichenzell, Galeria Kauhof, Adler u.v.m.). Insbesondere zwei Altersgruppen sind davon besonders betroffen: Junge Menschen und ältere Arbeitnehmer*innen über 50 Jahren.

Bereits jetzt steht fest, dass sich die Zahl der Erwerbslosen im Landkreis Fulda in den nächsten Jahren drastisch erhöhen wird. Viele der älteren Arbeitnehmer*innen sind durch Sozialpläne derzeit noch in Maßnahmen beschäftigt bzw. in sogenannten Auffanggesellschaften. Aber diese sind zeitlich begrenzt.

Im Landkreis Fulda gibt es zwar bereits einige Angebote von verschiedenen Trägern – aber das Angebot ist sehr unübersichtlich und daher nicht geeignet, um Angebote gezielt und bedarfsgerecht an den Mann bzw. an die Frau zu bringen. Die SPD-Kreistagsfraktion sieht die Notwendigkeit einer Bündelung und Ausweitung der Angebote unter einer neu zu gründenden Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft.

Wir beantragen deshalb die Gründung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft des Landkreises Fulda. Der Main-Kinzig-Kreis betreibt eine solche Gesellschaft bereits seit über 20 Jahren – übrigens mit großem Erfolg. Der Landkreis Fulda kann dem derzeitigen Trend entgegenwirken und so eine erhöhte Anzahl von (Langzeit-)Arbeitslosen vorbeugen. Wir sind der Ansicht, dass wir jetzt investieren sollten, um die Arbeitssuchenden weiterzubilden und ihnen Perspektiven zu bieten. Wenn wir dies nicht tun, werden uns in ein paar Jahren die Kosten im Bereich ALG II möglicherweise aus dem Ruder laufen.